Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

15 Goldpfennige = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag, 4. Dezember 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis wöchentlich 1,60 Goldmark freibleibend.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,30 Goldmark die 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

4. 12 m Nr. 562 150 Milliarden
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Vor dem Reichstagsbeginn.

Das Ermächtigungsgesetz der neuen Regierung.

Bis zum 15. Februar gültig.

Der dem Reichsrat vom Reichsminister des Innern vorgelegte Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag dies in zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muß, verlangt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

Der Reichsrat tritt Dienstag vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung, an der auch der Reichskanzler teilnehmen wird, zusammen, um über den Entwurf des Ermächtigungsgesetzes zu beraten.

*

Der Arbeitsplan des Reichstags für die nächsten Tage steht im Augenblick noch nicht fest, da der Aeltestenrat erst heute mittag 12 Uhr zusammentreten wird. Es handelt sich dabei auch um die Frage, ob die Aussprache über die Regierungserklärung sofort oder erst morgen beginnen soll. Die Plenarsitzung beginnt um 3 Uhr. Vorher halten die Fraktionen noch Besprechungen ab, um sich über ihre Haltung gegenüber dem Ermächtigungsgesetz zu beraten. Diese Frage wird wahrscheinlich erst entschieden werden, wenn der Reichskanzler und die Minister für Inneres und Aeußeres in der Plenarsitzung gesprochen haben.

Gestern nachmittag fand beim Reichskanzler Marx eine Vorbesprechung mit den Parteiführern über die allgemeine politische Lage mit besonderer Berücksichtigung des Ermächtigungsgesetzes statt. Die Regierungsparteien werden, wie nicht anders zu erwarten, dem Gesetz zustimmen. Die Führer der Deutschnationalen und Sozialdemokraten konnten sich noch nicht über die Haltung ihrer Fraktionen äußern, da sie noch keine Gelegenheit gehabt hatten, mit ihren Fraktionen zu sprechen.

In den parlamentarischen Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, sprach man gestern von der Möglichkeit, daß die Bestimmung des Ermächtigungsgesetzes, wonach der Reichstag die Verordnungen der Regierung mit vierzehntägiger Frist wieder aufzuheben berechtigt ist, die Oppositionsparteien in ihrer Haltung gegenüber dem gesamten Gesetz günstig beeinflussen könnte. Man wies darauf hin, daß das Ermächtigungsgesetz in diesem Punkt der Verfassung angeglichen sei, die dem Reichstag das Recht gibt, Verordnungen, die der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Verfassung erlassen hat, durch Mehrheitsbeschluß aufzuheben.

Kabinettssitzung.

Währungsfragen und Beamtenabbau.

Das Reichskabinett nahm Montag nachmittag den Bericht des Reichswährungskommissars Dr. Schacht über die bisher getroffenen und weiter von ihm auf dem Gebiet des Währungswesens beabsichtigten Maßregeln entgegen, die die Billigung der Reichsregierung fanden. Im Anschluß daran berichtete der Reichssparkommissar Minister a. D. Saemisch über die geplanten Sparmaßregeln. Der vom Reichsfinanzminister unterbreitete Plan für den Abbau und die Vereinfachung der behördlichen Organisation wurde gutgeheißen. Die Notwendigkeit einer tatkräftigen Durchführung des Beamtenabbaus wurde betont.

In der Sitzung wurde ferner auf Grund der Besprechung des Kanzlers mit den Parteiführern die parlamentarische Lage eingehend erörtert.

Englisches Urteil über das Kabinett Marx.

A. London, 3. 12. (Eigenbericht.) Die Bildung der neuen deutschen Regierung wird von der „Times" besprochen und zwar recht skeptisch. Der bereits sterbende deutsche Reichstag habe kaum noch die Macht, die Initiative zu ergreifen, die mit der nötigen Autorität ausgestattet sei. Die zahlreichen deutschen Parteien seien nicht nur gegen einander mißtrauisch, sondern auch unter sich gespalten, und ihre Mitglieder schienen unfähig zu sein, ihre besonderen Parteiinteressen der allgemeinen Unzufriedenheit und Verzweiflung zum Opfer zu bringen. Die neue Regierung werde im günstigsten Falle eine negative Autorität haben. Sie scheine nur der Vorbote zu viel größeren Ereignissen zu sein. Eine Minderheitsregierung mit sehr unsicherer Autorität könne kaum die Energien entfalten, die jetzt so dringend notwendig seien. Die Ernennung eines solchen Kabinetts zeige, daß die Existenz des Reichstags selbst auf dem Spiel stehe.

Neubesetzung des Staatssekretariats der Reichskanzlei.

Der Staatssekretär der Reichskanzlei Kempkes, der bereits am 30. November sein Amt zur Verfügung gestellt hatte, ist mit dem gestrigen Tage von seinem Posten geschieden, den er seit der Umbildung des Kabinetts Stresemann innegehabt hatte.

Als sein Nachfolger wird der Ministerialdirektor im preußischen Wohlfahrtsministerium Bracht genannt, der politisch dem neuen Reichskanzler nahesteht.

Der stellvertretende Führer der Zentrumsfraktion.

Während der Kanzlerschaft Marx' leitet der Abgeordnete Becker-Arnsberg die Geschäfte der Zentrumspartei.

Londoner Markkurs: 1 Pfund: 20 Billionen Mark.

Englische Verlegenheit.

Bradburys veränderte Haltung.

A. London, 3. 12. (Eigenbericht.) Die offiziöse englische Presse befindet sich durch die Pariser Beschlüsse hinsichtlich der beiden Untersuchungskommissionen in erheblicher Verlegenheit. Sir John Bradbury hat bekanntlich vor seiner Londoner Reise die französischen Vorschläge als „Pillen gegen Erdbeben" bezeichnet, und die Londoner Kommentare müssen nun über die Tatsache hinwegzukommen suchen, daß der englische Delegierte unmittelbar nach seiner Rückkehr aus London sich plötzlich ohne weiteres mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt hat. Die offiziösen Blätter versuchen diesen Umschwung mit allerlei unbestimmten Andeutungen zu erklären und suchen zum Teil die neue Wendung sogar in einen englischen Erfolg (?) umzudeuten, obgleich sie andererseits betonen, daß die neuen Kommissionen mit dem ursprünglichen englischen Plan keinerlei Aehnlichkeit hätten und von einer ganz verschiedenen grundsätzlichen Einstellung ausgingen.

Die „Times" geht allen Erklärungen über die englische Haltung dadurch aus dem Wege, daß sie sich auf den autonomen Charakter der Reparationskommission beruft, die in ihren Beschlüssen von den Regierungen unabhängig sei. Im übrigen sei der neue Versuch, die gemeinsame alliierte Politik fortzusetzen, so unsicher er auch sei, vom Standpunkt der englischen Interessen aus zu begrüßen. Im „Daily Telegraph" wird die Ansicht ausgesprochen, daß die Reparationskommission sich bald mit dem Düsseldorfer Abkommen werde beschäftigen müssen, besonders angesichts des Protestes der deutschen Regierung.

Wintersession der Schweizerischen Bundesversammlung.

d. Basel, 3. 12. (Eigenbericht.) Die Schweizerische Bundesversammlung ist am Montag zu ihrer Wintersession zusammengetreten. Eine der ersten Handlungen des Parlamentes wird die Neuwahl des Bundespräsidenten für 1924 sein.

Die Mehrarbeit im Ruhrbergbau.

Das Abkommen zwischen Zechenverband und Bergarbeiterverbänden.

Die Kündigung der Angestellten zurückgezogen.

rw. Essen, 3. 12. (Eigenbericht.) In dem nun im Wortlaut vorliegenden Abkommen zwischen Zechenverband und Bergarbeiterverbänden über die Verlängerung der Arbeitszeit wird im Hinblick auf die Notlage der deutschen Wirtschaft und der hiermit verbundenen ungeheuren Arbeitslosigkeit die schleunigste Erreichung der Friedensleistung im Kohlenbergbau als unbedingt notwendig bezeichnet. Bemerkenswert ist, daß für die Mehrarbeit nicht die im Manteltarif vorgesehenen Zuschläge für Ueberstunden gelten, es tritt vielmehr lediglich eine Erhöhung des einfachen Schichtlohnes ein entsprechend der Verlängerung der Arbeitszeit um ein Siebentel. Das Abkommen enthält gleichfalls Bestimmungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrbergbau, die jetzt zum größten Teil ruht. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit soll unter Zuziehung von Mitgliedern der Betriebsvertretungen der Familienstand, Seßhaftigkeit usw. der Arbeiter berücksichtigt werden. Das Abkommen gilt vom 5. Dezember bis 1. Mai nächsten Jahres.

An eine allgemeine Aufnahme der Arbeit ist aber noch nicht zu denken, weil die Transportfrage noch nicht geregelt ist. Die Wirksamkeit des Abkommens ist an die Zustimmung der Revierkonferenzen der verschiedenen Arbeiterverbände gebunden, an deren Erteilung aber wohl kein ernster Zweifel besteht, nachdem auf einer Reihe von Zechen die Vorkriegsarbeitszeit seit mehreren Wochen wieder in Geltung ist und auch auf verschiedenen Eisenwerken gegen die Verlängerung der Arbeitszeit keine ernste Gegnerschaft unter den Arbeitern mehr besteht.

So beschlossen die Arbeiter des Bochumer Vereins, angesichts der wirtschaftlichen Notlage die geforderte Mehrarbeit zu leisten.

Nachdem der Zechenverband zu einer am 19. v. M. in Hamm stattgefundenen Konferenz, die vom preußischen Handelsministerium einberufen war, nicht erschienen war, fand am 29. November eine neue Verhandlung statt. Die Vertreter der Behörden erklärten, daß die Betriebsstillegungen und Kündigungen im Ruhrbergbau den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprächen, die Kündigungen seien deshalb als nicht erfolgt anzusehen. Der Zechenverband hat daher inzwischen die Kündigung der Angestellten zurückgezogen.

Ermäßigung der Kohlen-Goldmarkpreise in Sicht.

rw. Essen, 3. 12. (Eigenbericht.) **Wie wir von fachmännischer Seite erfahren, ist ziemlich bestimmt mit einer Herabsetzung der Kohlen-Goldmarkpreise zu rechnen, nachdem die Arbeitszeitfrage im Bergbau geregelt sein wird. Eine Herabsetzung dieser Preise ist auch schon deshalb erforderlich, um die deutsche Kohlenindustrie konkurrenzfähig zu machen.**

Nachdem für den Ruhrbergbau eine Vereinbarung bezüglich der Mehrarbeit zustande gekommen ist, werden am Mittwoch die Verhandlungen über die Arbeitsleistung für die übrigen Reviere in Berlin beginnen.

Die Arbeiten der Reparationskommission.

Besprechungen in Paris und Brüssel.

S. Paris, 3. 12. (Eigenbericht.) Ministerpräsident Poincaré hatte heute längere Besprechungen mit dem englischen Botschafter, ferner mit dem Oberkommissar Tirard, mit Barthou und mehreren anderen hervorragenden französischen Politikern. Heute vormittag ist außerdem unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik der Oberste Rat der nationalen Verteidigung zusammengetreten.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, hatte Ministerpräsident Theunis eine Unterredung mit den belgischen Vertretern in der Reparationskommission de la Croix und Bemelmans über die Arbeiten der Reparationskommission.

Der Auswärtige Ausschuß des französischen Senats trat heute erneut zusammen zur Weiterberatung der letzten Rede Poincarés über die auswärtige Lage. Senator d'Estournelles de Constant hielt seine Interpellation über die Gründe der Isolierung Frankreichs aufrecht und wünscht die Aussprache darüber noch vor dem Jahresschluß.

Infolge des heftigen Unwetters waren fast den ganzen Tag über sämtliche Drahtverbindungen mit Englnad, Belgien und Holland unterbrochen.

Die heutige Sitzung.

S. Paris, 3. 12. (Eigenbericht.) Die Reparationskommission wird auch in ihrer morgigen Sitzung mit Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehenden englischen Wahlen keine entscheidenden Beschlüsse fassen. Sie will vielmehr zunächst die Ernennung der Sachverständigen für die beiden Kommissionen abwarten. Hierfür ist die Haltung Amerikas, über die Authentisches in Paris bis jetzt noch nicht bekannt ist, von entscheidender Bedeutung und die sehr heikle Frage der Verteilung der Kohlensteuer nach dem Düsseldorfer Abkommen wird also zunächst noch unentschieden bleiben. Ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen Paris und London, d. h. die Verhandlungen von Regierung zu Regierung, wird fortgesetzt.

Entscheidender Kabinettsrat.

Paris, 3. 12. Wie an maßgebender Stelle verlautet, ist für morgen eine außerordentliche Sitzung des französischen Ministerrats unter Vorsitz Millerands im Elysée einberufen. Die Beratungen des Ministerrats werden sich um so wichtiger gestalten, weil, wie gemeldet, der Präsident der Republik, Millerand, hat wissen lassen, daß er unter Umständen mit seiner Demission drohen werde, falls die Kammer zu dem System der Arrondissementswahlen zurückkehren würde.

Der Selbstmord des jungen Daudet.

S. Paris, 3. 12. (Eigenbericht.) Der bereits gemeldete Selbstmord des jungen Daudet steht nach wie vor im Mittelpunkt alles Interesses, da er von den Royalisten unbedingt zu politischen Zwecken ausgeschlachtet werden soll. Sie behaupten wenigstens, der fünfzehnjährige Junge, der nach ärztlichem Zeugnis unbedingt krank war, sei von anarchistischen Kreisen zum Selbstmord getrieben worden, und zwar um den Vater zu kompromittieren. Der Vater, der bekannte Führer der royalistischen Partei, Léon Daudet, hat heute nachmittag Anzeige wegen Mordes gegen Unbekannt erstattet.

Zusammentritt des amerikanischen Kongresses.

Washington, 3. 12. Der Wiederzusammentritt des amerikanischen Kongresses fand heute statt. Auf Grund der Parteilage war es heute noch nicht möglich, die Bureaus der beiden Kammern zu bilden.

o. New York, 3. 12. (Eigenbericht.) In der Eröffnungssitzung des Kongresses am Montag traten mehrere Abgeordnete für eine Reform des am 30. Juni 1924 ablaufenden Einwanderungsgesetzes ein. Auch die Einwanderungskonferenz, die vor Weihnachten in New York tagen soll, wird eine bessere Behandlung der Einwanderer verlangen.

Fascistenparade in Spanien.

Barcelona, 3. 12. (D. D.) Der spanische König hat am Sonnabend die freiwillige Polizei, die sogenannten Somaten, die sich auf ungefähr 30 000 Mann beläuft, im Beisein der Königin und des Generals Primo de Rivera besichtigt. Dieser Parade mißt man, da sie unmittelbar nach der Rückkehr des spanischen Königspaares aus Italien stattfand, ganz besondere Bedeutung bei. Die Somaten tragen blaue Hemden und sind nach dem Vorbilde der italienischen Fascisten ausgebildet. Der König, die Königin sowie General Primo de Rivera wohnten hierauf einer Andacht in der Kathedrale bei. General Primo de Rivera wurde überall mit ungeheurer Begeisterung begrüßt. Bekanntlich hat er von Barcelona aus die Bewegung, die zum Sturze der Politiker führte, ins Werk gesetzt.

Beim alten Gegensatz zwischen Kastilien und Katalonien ist der freundliche Empfang, den der König und der Diktator, General Primo de Rivera, in Barcelona gefunden haben, um so beachtenswerter. Barcelona, als größtes Zentrum der spanischen Industrie, ist immer der Sammelpunkt anarchischer und syndikalistischer Elemente gewesen, gegen deren Terror sich auch ursprünglich die freiwillige Polizei der Somaten gebildet hat.

Die Neuordnung des Fernen Ostens.

Moskau, 2. 12. (O. E.) Seit dem 30. November sind laut Beschluß des Revolutionskomitees des Fernen Ostens alle Gesetze der ehemaligen Republik des Fernen Ostens aufgehoben und durch die Dekrete und Gesetze der Zentralorgane der Sowjetrepublik bezw. des Sowjetbundes ersetzt worden. Nur einige, infolge der besonderen Verhältnisse im Fernen Osten notwendige Einrichtungen der ehemaligen Republik bleiben in Kraft.

Sonderbündlerfahnen niedergeholt.

In Bonn und Umgegend.

Bonn, 3. 12. (W. T. B.)

Auf Veranlassung der Besatzung wurde heute die Fahne der Sonderbündler vom Rathause heruntergeholt. Die Sonderbündler führen ihre „Geschäfte" in der Privatwohnung eines ihrer Ausschußmitglieder weiter. Auch in Beuel, Königswinter, Godesberg usw. wurden die Sonderbündler aus den Rathäusern entfernt und ihre Fahnen eingezogen.

Auch Duisburg pestfrei.

Duisburg, 3. 12. (T. U.) Die letzten Separatisten, unter ihnen Dr. Guthardt, haben nunmehr das Rathaus verlassen. Die legale Stadtverwaltung wird ihre Diensträume morgen wieder beziehen.

Meuterei und Brandstiftung.

Speyer, 3. 12. (Mtb.) Zu einer Meuterei „separatistischer Truppen" kam es am 30. November anläßlich eines Löhnungsappells im Regierungsgebäude. Als 80 000 französische Franken, die von auswärts geholt wurden, an die Separatisten in Kompagnien zur Auszahlung kommen sollten, fehlten 50 000 Franken. Es waren nur 30 000 Franken vorhanden, so daß die Löhnung nicht vollständig ausgezahlt werden konnte. Die darüber aufs höchste empörten Separatisten verprügelten daraufhin den Zahlmeister und drangen in das im zweiten Stocke liegende Zimmer des sogenannten Exekutivkomitees ein, wobei sie den anwesenden Führern vorwarfen, das abhanden gekommene Geld für sich auf die Seite geschafft zu haben. Es gelang dem anwesenden Heinz Orbis mit zwei anderen Separatistenführern, die meuternden Truppen erst dann zu beruhigen, als sie ihre Kassen leerten und die fehlende Summe zur Verfügung stellten.

Kirchheimbolanden, 3. 12. (Mtb.) Das Anwesen des pfälzischen Separatistenführers Heinz Orbis wurde in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag von Feuer heimgesucht. Eine Scheune mit sämtlichen Vorräten ist vernichtet worden. Es wird Brandstiftung entlassener Separatisten vermutet. Da entlassene Separatisten gedroht haben, sich an dem Eigentum des Führers zu rächen, wurde das Anwesen schon seit einiger Zeit von Marokkanern bewacht, die jedoch den Ausbruch des Brandes nicht verhindern konnten.

Das Gebäude der pfälzischen Kreisregierung in Speyer befindet sich seit der Besetzung durch die Separatisten in einem vollständig verwahrlosten Zustand, da die Separatisten in dem Gebäude wie die Vandalen hausen. Alles, was nicht niet- und nagelfest ist, wie z. B. Schreibmaschinen usw., ist von den Separatisten gestohlen und verschleppt worden. Aus den Ledersesseln wurde das Leder herausgeschnitten. Die Vorhänge, Gardinen usw. wurden ebenfalls gestohlen.

90 000 Billionen „beschlagnahmt".

W. T. B. meldet:

Am 29. v. Mts. sind die Franzosen abermals in die Druckerei von E. Marks in Mülheim a. R. eingedrungen und haben dort 90 000 Billionen Mark Reichsbanknoten fortgenommen.

Tagung des Völkerbundsrats.

d. Genf, 3. 12. (Eigenbericht.) Der am 10. Dezember in Paris zusammentretende Völkerbundsrat wird neben dem Plan der Wiederaufrichtung Ungarns auch noch die Konvention über das Memelgebiet sowie verschiedene Saarfragen besprechen, u. a. soll auch die berühmte Streikverordnung zur Sprache kommen. Die Sitzung des Völkerbundsrates wird nur von kurzer Dauer sein.

*

Saarbrücken, 3. 12. (Mtb.) Die sozialdemokratische Partei des Saargebiets ist aus der von allen Parteien gebildeten Arbeitsgemeinschaft ausgeschieden. In einer Veröffentlichung erklärt sie, daß in der letzten Zeit die Zusammenarbeit der Parteien derart geworden sei, daß sie den Interessen der Arbeiterschaft nicht dienlich sei. Nähere Gründe für das Ausscheiden der Partei wurden nicht angegeben.

Gegen die Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol.

Kbg. Wien, 3. 12. (Eigenbericht.) Nach einer Meldung aus Meran hat sich Fürstbischof Johannes von Brixen nach Rom begeben, um gegen die Einführung des italienischen Religionsunterrichts in den Südtiroler Schulen vorstellig zu werden. Auch eine Abordnung der Südtiroler Frauen hat sich in der gleichen Angelegenheit nach Rom begeben.

Kürzlich ist auch die Präfektur Merans dazu übergegangen, den deutschen Religionsunterricht an den Schulen zu verbieten. Damit ist die Unterdrückung deutscher Kultur auf das ganze reindeutsche Gebiet Südtirols ausgedehnt worden.

Der „Columbus" in Bremerhaven.

Bremen, 3. 12. (W. T. B.) Der auf der Schichauwerft in Danzig für den Norddeutschen Lloyd gebaute 32 000 Bruttoregistertonner große Doppelschraubendampfer „Columbus" traf Sonnabend abend in Bremerhaven nach glücklich verlaufener Ueberführungsreise ein. Das Schiff geht nunmehr in allen Teilen baldiger völliger Fertigstellung entgegen und wird zu Beginn des Frühjahrs in Dienst gestellt werden.

Die chinesische Wirtschaftsmission.

W. T. B. meldet:

Die chinesische Mission zum Studium von Wirtschaftsfragen unter Führung von Herrn Chang Chien jr. ist im Auftrage der chinesischen Regierung Montag früh in Berlin eingetroffen. Die Mission, die bereits in Frankreich, Belgien und Holland gewesen ist, beabsichtigt, sich etwa eine Woche in Deutschland aufzuhalten und dann Oesterreich, Italien, die Schweiz, England, die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan zu besuchen.

Der „Verband für den Fernen Osten" veranstaltet für die Herren der Mission am Dienstag nachmittag einen Empfang, über den wir berichten werden.

Die Hochwasserkatastrophe in Italien

Nähere Einzelheiten.

d. Mailand, 3. 12. (Eigenbericht.) Die näheren Einzelheiten, die heute über das Hochwasserunglück in den Bergamasker Alpen in Oberitalien bekannt werden, lassen erkennen, wie furchtbar die Naturkräfte gewütet haben. **Drei Dörfer sind in den Fluten verschwunden, fünf Kraftwerke zerstört und 600 Menschenleben vernichtet worden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere hundert Millionen Lire.** Die Katastrophe ist auf die starken Niederschläge und das Schmelzen des Schnees auf den Bergen während der letzten Tage zurückzuführen, die ein schnelles Anwachsen des Staubeckens von Gleno im Val Camonica herbeiführten. Das Staubecken war 37 Meter hoch, der Stausee etwa 4 Kilometer lang und durchschnittlich 2 Kilometer breit. Er speiste die ebenfalls zerstörten fünf Kraftwerke, die die Fabriken der benachbarten Täler mit Kraft versorgten. Das Stauwerk war erst im letzten Sommer in Betrieb genommen worden. Seine Herstellung kostete 30 Millionen Lire. Die aufgespeicherten Wassermengen betrugen 8 Millionen Kubikmeter.

Der Dammbruch.

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend entstand zwischen der Berglehne und der Staumauer der erste Riß, der anfangs nicht ernst genommen wurde. Vier Stunden später, am Sonnabend in den ersten Morgenstunden, erfolgte der Dammbruch, und die acht Millionen Kubikmeter Wasser ergossen sich in einem furchtbaren Strudel, alles mit sich fortreißend, in das Tal. Die Bevölkerung wurde stellenweise in ihren Häusern wie in Mausefallen ertränkt. Zahlreiche Leichen von Umgekommenen, oft auch nur Teile von ihnen, sind über das ganze Tal zerstreut. In den Ueberschwemmungsgebieten stand das Wasser bis zu sechs Meter hoch. Von den Fluten vernichtet sind die Dörfer Dezzo, Gandino und Corno. Die Zerstörung aller Verkehrswege und der anhaltende Regen erschweren das Hilfswerk sehr. Truppen und Fascistenfreiwillige sind bereits an Ort und Stelle eingetroffen. Viele Wasserbauingenieure und Fachleute aus Mailand und ganz Italien haben sich nach der Unglücksstelle begeben, um die Ursache der Katastrophe zu studieren. Auch der König ist, wie bereits gemeldet, dorthin abgereist. Die Bauweise des Staubeckens aus Granit mit mehrfach verstärkten Bogen galt bisher als die solideste.

*

Die Ueberschwemmungskatastrophe in Italien, die nach den bisher vorliegenden Meldungen 600 Menschenopfer gefordert hat, hat in allen Kreisen Deutschlands herzliches Mitgefühl erweckt. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, sprach Montag nachmittag dem italienischen Botschafter, Grafen Bosdari, die Teilnahme der Reichsregierung aus.

Die japanischen Feuerversicherungen.

Tokio, 3. 12. (W. T. B.) 25 Feuerversicherungsgesellschaften erklärten sich bereit, mit Unterstützung der Regierung 10 Prozent der Beträge zu zahlen, die nach dem Erdbeben von ihnen verlangt wurden. Im Laufe der nächsten parlamentarischen Sondertagung wird die Regierung einen Gesetzentwurf einbringen, in dem den Versicherungsgesellschaften 100 Millionen Yen zur Verfügung gestellt werden. Nach den offiziellen Schätzungen werden die Gesamtkosten für den Wiederaufbau sich auf 597 Millionen Yen belaufen, davon 400 für Tokio und 46 für Yokohama.

*

Der Gesamtschaden, der für die Feuerversicherungsgesellschaften in Betracht kommt, wird auf 2 250 000 000 Yen geschätzt. Davon geht 80 % die fremden, meist englischen Gesellschaften an. Sämtliche Gesellschaften sind jedoch technisch wegen Vorhandensein der Erdbebenklausel in den Policen nicht zum Schadenersatz verpflichtet. Die japanischen erklärten sich, wie die Meldung sagt, zu 10 % Ersatz bereit, wenn die Regierung das weitere übernehme. Andernfalls würden sie ruiniert. Die englischen Gesellschaften haben ebenfalls Entgegenkommen bewiesen, indem sie zunächst einmal in Japan durch ihre Agenten die Schädenanmeldungen entgegennahmen.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	3. 12.	1. 12		3. 12.	1. 12.
Tägl. Geld	5 %	nom.	Brüssel	—,—	4.66
Berlin	23 Cts. pro Billion	15 Cts. pro Billion	Amsterd.	37,86	37,90
	24 "	15 "	Zürich	—,—	17.46
höchster	25 "	—	Kopenh.	17,96	18,00
niedrigst	20 "	—	Prag	2,92	2,91
London			Rom	—,—	4.33
Kabel Tr.	4,34,12	4,34,37	Madrid	—,—	13.07
Lond. 60T.	4,31,12	4,31,37	Silber,		
Paris	5,38	5.41	ausl.	64⅜	64⅛

New York, Produktenmarkt.

	3. 12.	1. 12.		3. 12.	1. 12
Kaffee loco	11⅛	11⅛	Eisen	22,00	22,00
" Dezbr.	10.15	10,05	Weissblech	5,50	5,50
" März	9,33	9.14	Schmalz	13.25	13,25
" Mai	8,78	8.59	Talg	8⅛	8⅛
" Juli	8.57	8,39	Bw. Saatöl l.	10,76	11.05
" Sept.	8,34	8,18	" Jan.	11.25	11.28
Baumwolle l.	36,75	37,65	Petroleum Cas.	17,15	17,15
" Dez	36,25	37.10	" Tanks	7,00	7.00
" Jan	35,70	36,52	" Stand wh.	14,00	14,00
" März	35,93	36,78	" Cred. bal.	2,60	2.60
" Mai	36,08	36,90	Zucker Dezbr	5.20	5,23
Zufuhr	77 000	33 000	do März	4.58	4.59
Kupfer el.	13⅛-13¼	13⅛-13¼	Terpentin	94,00	94.00
Blei	7,12	6.92	" Sav.	87,00	87,00
Zinn	6,35	6,37	Baumw. N. Orl.	35,75	36.00

	3. 12.	1. 12.		3. 12.	1. 12.
Weizen, rot	121⅞	121⅛	Mehl. Sp.	5.25-5.75	5,25-5,75
Hardw.	121¼	121	Getrfr. Engl.	3 sh 3 d	3 sh 3 d
Mais	90¼	91	Kontin.	14 cts.	14 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	3. 12	1. 12.		3. 12.	1. 12.
Weizen Mai	110⅞	109⅞	Rippen Jan.	10,00	9,65
" Juli	108⅛	108	Speck niedr	9,37½	9,00
Mais Mai	74⅞	74⅛	" höchst.	10,37½	10,00
" Juli	75¼	75¼	Leichte Schwein. niedr.	6,70	6.60
Hafer Dez.	43¼	43	Leichte Schwein. höchst	7,15	7,10
" Mai	45¼	45	Schwere Schwein. niedr.	7,05	7.00
Roggen Dez.	68⅞	67⅛	Schwere Schwein. höchst	7.30	7.25
" Mai	74	73	Zufuhr Chicago	67 000	10 000
Schmalz Jan.	11,82½	11.70	Zufuhr Western	185 000	158 000
" März	11,85	11,75			

Der Finanzausgleich

Von

Oberbürgermeister **Mitzlaff.**

Die politischen Köpfe sind sich darüber nicht ganz einig, welches die richtige Reihenfolge ist, in der die großen Probleme, welche die Zeit uns stellt, Hebung der Produktion, Aktivierung der Handelsbilanz, Währungsreform, Sanierung der öffentlichen Haushalte, Ruhrfrage, Reparationsfrage usw., in Angriff genommen werden müssen, um aus dem jetzigen Wirrsal herauszukommen. Aber die Systematik ist auch hier nicht die Hauptsache. Wichtiger ist, daß man überhaupt vom Studieren zum Probieren kommt und wenigstens einen Teil der Probleme energisch anpackt und wirklich zu entwirren und zu lösen versucht.

Daher ist es zu begrüßen, daß die Reichsregierung die Sanierung des öffentlichen Budgets durch Minderung des Ausgaben auf der einen und durch Mehrung der Einnahmen auf der anderen Seite mit aller Kraft zu erreichen trachtet.

Die Verordnung verbindet aber damit noch etwas anderes. Sie denkt gleichzeitig auch das Problem des Finanzausgleichs, d. h. der finanziellen Auseinandersetzung zwischen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden nebenbei mit zu lösen.

Der Finanzausgleich ist ein sehr schwieriges Kapitel, das planmäßig entwirrt werden muß und nicht nach dem Vorbild des gordischen Knotens durchhauen werden kann. Wenn man aber betrachtet, auf welchem Wege die Notverordnung die Quadratur des Zirkels zu lösen sucht, so kann man eigentlich nur die Frage aufwerfen, ob das Reichsfinanzministerium wirklich selbst ernstlich an die Möglichkeit dieser Lösung glaubt.

Das Reich, die Länder und die Gemeinden standen früher finanziell nebeneinander. Jeder Teil hatte im großen und ganzen seine eigenen Einnahmen und deckte daraus seinen Ausgabenbedarf. Infolge der Reichssteuerreform in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der Nachkriegsjahre hat sich dieses Bild von Grund aus verändert. Länder und Gemeinden haben ihre finanzielle Selbständigkeit ganz eingebüßt. Sie sind beide nur noch Kostgänger des Reichs und leben von dessen Mitteln, seinen Steuern und seiner Notenpresse. Verwaltungsmäßig drückt sich die Verkoppelung ihrer Finanzen mit denen des Reichs vor allem in zwei Dingen aus: in einer Beteiligung an den großen Reichssteuern, Einkommen- und Umsatzsteuer, und in den Zuschüssen, welche das Reich ihnen zu ihren Besoldungsausgaben gibt. Die Ziffern sind diese: die Länder und Gemeinden sind an der Einkommensteuer mit zusammen 75 % beteiligt, an der Umsatzsteuer die Länder mit 10 %, die Gemeinden mit 15 %, und bei den Besoldungsausgaben zahlt das Reich an die Länder und Gemeinden volle 75 % des Bedarfs aus Reichsmitteln. Damit sind die Länder und Gemeinden finanziell fast zu bloßen Bestandteilen der Reichsverwaltung herabgedrückt.

Daß dieser Zustand auf die Dauer gänzlich unmöglich ist, sowohl für das Reich wie für die Länder und Gemeinden, kann auf keiner Seite zweifelhaft sein. Unbedingt nötig ist eine reinliche Scheidung der Steuerquellen zwischen den drei Gewalten, Wiederherstellung der eigenen Steuerhoheit der Länder und Gemeinden, ebenso müssen die Besoldungszuschüsse, welche dem Reich die Kosten fast der ganzen Personalverwaltung der Länder und Gemeinden und damit die Verantwortung für deren Verwaltungsführung überhaupt auferlegen, verschwinden. Der hierin liegende übertriebene Zentralismus muß auch hier wie auf andern Gebieten dem gesunden Gedanken der Dezentralisation und der Selbstverwaltung, der früher unsere ganze Verwaltung trug, und auf dem allein auch in Zukunft eine zweckmäßige Verwaltung aufgebaut werden kann, Platz machen.

Der Kern des Problems steckt dabei, wenigstens nach den gegenwärtigen ziffernmäßigen Verhältnissen in den Besoldungszuschüssen, welche in den Landes- und Gemeindehaushalten zahlenmäßig die Einnahmen aus den Steueranteilen um ein Vielfaches übersteigen, und diese große Bedeutung der Besoldungszuschüsse wird noch mehr beleuchtet, wenn man hört, daß zurzeit die gesamten Reichseinnahmen nicht einmal ausreichen, um daraus auch nur die den Ländern und Gemeinden zuzuweisenden Besoldungszuschüsse zu bestreiten. Die Kernfrage ist also für die Sanierung der öffentlichen Finanzwirtschaft: Wie können die Besoldungszuschüsse abgebaut werden?

Die Verordnung denkt sich die Sache ganz einfach wie folgt: An den Anteilsverhältnissen der Länder und Gemeinden, an der Einkommensteuer wird überhaupt nichts geändert, ebensowenig an den Anteilsquoten der Länder und Gemeinden an der (auf 2½ % erhöhten) Umsatzsteuer. Gleichzeitig wird über die Besoldungszuschüsse bestimmt, daß sie am 1. Januar 1924 von 75 auf 50 %, am 1. April 1924 weiter auf 25 % herabgesetzt werden und am 1. Oktober 1924 ganz fortfallen. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß durch besondere gesetzliche Regelung eine erhebliche Mietssteuer eingeführt werden und daran neben dem Reich auch die Länder und Gemeinden beteiligt werden sollen.

In der Tat eine ganz einfache Sache, die Besoldungszuschüsse werden durch einen Federstrich ausgestrichen, und damit ist die finanzielle Ordnung wieder hergestellt! Man muß sich wirklich an den Kopf fassen und sich fragen, wie es möglich ist, daß das Reichsfinanzministerium solchen Plan ernstlich aufstellen kann. Nur beschränktester Ressortgeist kann lediglich an den Reichsetat denken. Vom Standpunkt ausschließlich des Reichsetats ist die Sache ja nicht so ohne, denn das Reich behält seine bisherigen Einnahmen, erhöht sie sogar (Umsatzsteuer), bekommt dazu einen neuen Anteil an der zukünftigen Mietssteuer und wird seinen schlimmsten Ausgabeposten, nämlich die Besoldungszuschüsse an Länder und Gemeinden, los. Damit kann eine Sanierung des freien Reichsetats in der Tat vielleicht erreicht werden. Aber was in aller Welt sollen denn Länder und Gemeinden tun? Bei ihnen hat das Rezept doch die umgekehrte Wirkung: